

Protokoll der Pressekonferenz der Deutschen Bundesbank am 10.12.2003 - nach Bandaufnahme -

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Bevor ich näher auf Lage und Perspektiven der deutschen Wirtschaft eingehe, möchte ich kurz auf die Ergebnisse unserer internen Strukturreform in diesem Jahr eingehen.

Ich muss dazu in Erinnerung rufen, dass der neu gebildete Vorstand im Mai 2002 seine Arbeit aufgenommen hat. Auf der Grundlage der Organisationsstruktur für 2003 haben wir dann die Plankostenrechnung und den Stellenplan aufgestellt. Jetzt sind wir zum ersten Mal in der Lage, für 2004 einen integrierten Stellenplan für die gesamte Bundesbank aufzustellen und eine Plankostenrechnung vorzulegen. Allerdings werden wir erst im Jahre 2005 ablesen können, wie sich die strukturellen Veränderungen der Deutschen Bundesbank auf Kosten und Stellen entwickelt haben. Aber schon heute kann man deutlich sehen, dass sich unsere Erwartungen hinsichtlich der Kosten- und Personalreduzierungen erfüllen lassen.

Weitere Teile der völlig neuen Organisationskonzeption wurden bis zur Jahresmitte implementiert. Für alle Fachbereiche erfolgte über alle Ebenen der Bank hinweg eine Neuaufteilung und klare Abgrenzung der Aufgaben mit dem Ziel der Vermeidung von Doppelarbeiten. Die neun Hauptverwaltungen sind alle zum 1. Juli 2003 in einer neuen einheitlichen Organisationsform, der so genannten Standard-Hauptverwaltung, angekommen.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 2 von 27

13 der 22 neu aufzubauenden Servicezentren, die ausführende Tätigkeiten für die Gesamtbank ausüben, haben wir bereits eingerichtet. Sie nehmen in der Regel an einem HV-Standort die Aufgaben wahr.

Neun weitere Servicezentren haben mit dem Aufbau begonnen und werden im Jahr 2004 die Geschäfte vollständig übernehmen. Damit ist insgesamt die Umsetzung der Strukturreform auf gutem Weg.

Die bereits in den 90iger Jahren auf Grund der veränderten Rahmenbedingungen erforderlich gewordene Konsolidierung des Filialnetzes wurde fortgeführt.

Eine weitere Steigerung der Wirtschaftlichkeit wird künftig durch die Konzentration der Bargeldbearbeitung in großen Filialen mit effizienterem Maschineneinsatz angestrebt.

Die Bargeldbearbeitung wird sich bis 2007 auf 47 bestandsfeste Filialen konzentrieren. Durch die Standortwahl bleibt auch weiterhin die Präsenz der Deutschen Bundesbank in der Fläche erhalten. Die Versorgung mit Notenbankdienstleistungen wird hierdurch nicht berührt, sondern bleibt sichergestellt.

Mit der Umsetzung der Strukturreform, der Straffung des Filialnetzes sowie den weiteren geschäftspolitischen Entscheidungen insbesondere im Bargeldbereich sind erhebliche Einsparpotentiale verbunden. Insgesamt wird sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank nach heutigem Stand bis Ende des Jahres 2007 im Vergleich zu Beginn des Jahres 2003 zwischen 25 und 30 % reduzieren.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 3 von 27

Die voraussichtlichen Einsparungen betragen ab 2008 insgesamt ca. 280 Mio. Euro pro Jahr. Diese Zahl ist zwar noch mit gewissen Unwägbarkeiten behaftet. Sie macht aber deutlich, wie überfällig die Neustrukturierung der Deutschen Bundesbank gewesen ist.

Nun zur Lage und Perspektiven der deutschen Wirtschaft

Das Jahr 2003 war sicherlich ein in mehrfacher Hinsicht schwieriges Jahr. Bei aller Sorge und Enttäuschung hat es aber auch durchaus lichte Seiten. Es könnte möglicherweise sogar als ein Jahr der wirtschaftspolitischen Neuorientierung, des Aufbruchs und des Beginns einer wirtschaftlichen Erholung in die deutsche Wirtschaftschronik eingehen.

Es gibt inzwischen eine Reihe von Belegen und Hinweisen, dass sich die hartnäckige Stockungsphase, die nun schon mehr als drei Jahre andauert und damit die längste Schwächephase dieser Art in der Nachkriegszeit darstellt, allmählich zum Besseren wendet:

- von der Weltwirtschaft kommen positive Signale,
- und die wirtschaftliche Erholung in Europa beginnt sich abzuzeichnen.

Dass sich die Weltkonjunktur wieder auf Wachstumskurs befindet, liegt zu einem guten Teil an den kräftigen Impulsen aus den USA. Wobei allerdings hier auch zugleich gesagt werden muss, dass das Doppel-Defizit und die damit verbundenen Risiken für die US-Konjunktur uns durchaus mit Sorge erfüllt, weil dadurch die Lokomotivfunktion der Vereinigten Staaten vielleicht nicht dauerhaft sein könnte.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 4 von 27

Aber auch Japan hat trotz noch vorhandener „Altlasten“ im Unternehmens- und Bankenbereich in diesem Jahr positive Zahlen vorlegen können; hier ging der Expansionsprozess mit einem deutlichen Abbau des Deflationsdrucks einher.

Eine wichtige Stütze der globalen Erholung sind die ostasiatischen Schwellenländer, insbesondere China, und die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, die am 1. Mai 2004 der EU beitreten werden.

Die Aufwärtsbewegung der Weltwirtschaft hat sich auf die deutsche Wirtschaft mit ihrem traditionell hohen Offenheitsgrad bereits positiv ausgewirkt. Dies gilt zum einen für die Stimmung in der Industrie, die bereits seit dem Frühjahr mehr Zuversicht verspricht. Zum anderen gibt es inzwischen aber auch Anzeichen dafür, dass sich die Inlandskonjunktur belebt. Die Bestellungen heimischer Kunden in der Industrie nahmen im September/Oktober – zusammen mit den Auslandsorders – zu. Dazu passt, dass im Oktober die Industrieproduktion wieder deutlich anzog.

Die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Erholung sind in vieler Hinsicht günstig:

- die monetären und finanziellen Verhältnisse bieten eine gute Grundlage für mehr Wachstum,
- die Kostensituation ist insgesamt entspannt,
- in Deutschland herrscht ein hoher Grad an Preisstabilität,
- die Umstrukturierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Unternehmen sind weit vorangeschritten,
- das Bankensystem in Deutschland kann ebenfalls beachtliche Anpassungsfortschritte vorweisen.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 5 von 27

In dem Zusammenhang möchte ich Sie gerne darauf hinweisen, dass wir im Monatsbericht Dezember einen Finanz-Stabilitätsbericht veröffentlichen werden. Das ist ein Novum für die Deutsche Bundesbank, und wir denken daran, dass wir damit eine Serie von Finanz-Stabilitätsberichten für die kommenden Jahre beginnen werden.

Wichtiger aber noch: Deutschland beginnt, sich aus seiner wirtschaftlichen Erstarrung zu lösen und die Verkrustungen durch strukturelle Reformen aufzubrechen. Das Momentum für Reformen in Deutschland war sicherlich nie so groß wie in diesem Jahr. In unserer Denkschrift vom März diesen Jahres „Wege aus der Krise“ haben wir deutlich gemacht, dass die Vertrauenskrise, in die wir geraten sind, nur so überwunden werden kann.

Trotz aller Erleichterung über die aktuellen Tendenzen sollte dreierlei im Auge behalten bleiben:

- von einem selbsttragenden Aufschwung kann derzeit noch nicht die Rede sein,
- die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Welt, die wohl noch zunehmen dürften, bergen ein latentes Rückschlagsrisiko in sich,
- und die strukturellen Haushaltsdefizite sowie der Reformbedarf unserer sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsmärkte bleiben – bei aller Anerkennung für die ersten Schritte, die in dieser Hinsicht getan worden sind – auf der wirtschaftspolitischen Agenda.

Am Arbeitsmarkt ist bereits einiges in Bewegung gekommen. Das Prinzip „Fördern und Fordern“ hat nicht nur die Aussagekraft der statistischen Arbeitslosenquote verbessert, sondern auch den Weg in die Selbständigkeit und Nebenbeschäftigung durchaus erleichtert. Für eine Zwischenbilanz ist es sicherlich noch zu früh, aber die Grundrichtung stimmt.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 6 von 27

In dem Zusammenhang möchte ich heute ein Wort der Hoffnung zum Ausdruck bringen, dass sich der Vermittlungsausschuss nun endlich auf die dort vorliegenden Gesetze einigt und sie zu einem Abschluss bringt, damit das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung gestärkt wird.

Wenn wir die hohen Defizite in den öffentlichen Haushalten beklagen, die auch durch Steuersenkungen, durch schwache konjunkturelle Entwicklung und damit niedrige Steuereinnahmen verursacht sind, dann muss man andererseits deutlich sagen, dass man auch mehr Mut zur Beseitigung von Subventionen haben muss. Ich erwähne noch einmal, dass wir in dem Papier „Wege aus der Krise“ diese Subventionen auch benannt haben. Nicht nur die Eigenheimzulage, die Entfernungspauschale - auch die Sparszulagen und auch die Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit sollten nicht steuerlich begünstigt sein. Solche Erschwerniszulagen sollten im Wege der Arbeitsentgelte abgegolten werden und nicht im Wege der steuerlichen Erleichterung.

Beim Umbau der Rentensysteme sind wir durchaus auf gutem Weg, ein besseres Gleichgewicht zwischen langfristiger Tragbarkeit und intergenerativer Gerechtigkeit herzustellen. In der Gesundheitspolitik besteht nach den kostendämpfenden Operationen dieses Jahres nach unserer Auffassung weiter Handlungsbedarf.

Kein überzeugendes Bild, um damit zu den aktuellen Fragen zurückzukommen, bietet schließlich der finanzpolitische Kurs:

- Das Staatsdefizit hat sich nach unserer Einschätzung von 3 ½ % des BIP im vergangenen auf gut 4 % im laufenden Jahr ausgeweitet. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen durch Steuerausfälle und hohe Ausgaben für den Arbeitsmarkt verursacht worden. Mit anderen Worten: Die so genannten automatischen

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 7 von 27

Stabilisatoren wirkten sich voll aus.

- Auch im nächsten Jahr ist mit einem Minus in den öffentlichen Kassen von über 3 % des BIP zu rechnen – trotz der von der Regierung bereits vorgesehenen Einspar- und Konsolidierungsmaßnahmen.
- Ohne Frage: Die Finanzpolitik muss wieder auf einen deutlichen und verlässlichen Konsolidierungskurs zurück, wenn das mit den genannten Reformen wieder erworbene Vertrauen nicht erneut aufs Spiel gesetzt werden soll.

Schaden hat in dieser Hinsicht die Entscheidung im Zusammenhang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Ecofin-Sitzung von Ende November verursacht. Enttäuschend und schädlich erscheint mir vor allem, dass die vereinbarten Verfahrensregeln des von Deutschland initiierten Pakts nicht respektiert wurden.

Wir teilen die Rechtsauffassung der EU-Kommission, dass das, was sie vorgeschlagen hat, dem Geist und den Buchstaben des Paktes entspricht. Andererseits muss man auch die Position des Finanzministers anerkennen, der versucht hat, die bisher gemachten Empfehlungen alle umzusetzen. Aber die Ergebnisse reichen eben insgesamt nicht aus.

Die Kommission und die EZB haben deutlich gemacht, dass sie in der Entscheidung des Ecofin-Rats, Deutschland und Frankreich nach dem erneuten Überschreiten nicht in Verzug zu setzen, einen Verstoß gegen die vereinbarten Regeln sehen.

Ich möchte hier noch einmal betonen, dass wir bei der deutschen Bevölkerung für Vertrauen in die neue europäische Währung vor allem mit dem Hinweis auf die drei folgenden Kernelemente der Währungsunion geworben haben:

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 8 von 27

1. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist ein Schutz vor den stabilitätspolitischen Risiken, die mit einer exzessiven Finanzpolitik verbunden sind.

Die Frage wurde ja immer wieder gestellt, ob denn eine Währungsunion ohne politische Union überhaupt funktionieren kann. Es war die Position sowohl der Bundesbank als auch der Bundesregierung, dass die Währungsunion am Ende einer politischen Union stehen sollte. Das ist von der Geschichte überholt worden. Wir alle waren der Meinung, dass zur Absicherung der fiskalpolitischen Flanke der Stabilitäts- und Wachstumspakt erforderlich und möglicherweise auch ausreichend sein würde. Damit wurden finanzpolitische Souveränitätsrechte der Nationalstaaten auf eine supranationale Ebene übertragen. Vor 14 Tagen wurde diese Übertragung wieder rückgängig gemacht, wenn man das auf einen Punkt bringt.

2. Die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken und der EZB

3. Die Preisstabilität als vorrangige Aufgabe des Eurosystems und als Garanten für eine stabile Währung.

Heute müssen wir – wie viele andere – feststellen, dass diese Grundpfeiler der europäischen Währungsverfassung Belastungen ausgesetzt werden:

- Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat die erste Bewährungsprobe noch nicht bestanden;
- der Konvents-Entwurf einer EU-Verfassung, der am kommenden Wochenende auf der Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs steht, schwächt (wenn er angenommen wird) die Stellung des Europäischen Systems der Zentralbanken und gefährdet ihr stabilitätspolitisches Mandat.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 9 von 27

Denn nun ist nach dem Konventsentwurf nur noch die Europäische Zentralbank und das Eurosystem für die Geldwertstabilität verantwortlich. Im Maastrichter Vertrag ist ein „inflationstheoretisches“ Wachstum ausdrücklich als Ziel der Europäischen Union genannt. Das hat dann eine deutlich andere Qualität. Außerdem soll nicht mehr die politische Unabhängigkeit für die nationalen Notenbanken nach dem Konventsentwurf in der Verfassung stehen, wie es heute im Maastrichter Vertrag der Fall ist.

Wir haben diese Bedenken im Vorstand der Deutschen Bundesbank in einer Stellungnahme zusammengefasst. Ich habe diese Stellungnahme vor einigen Tagen mit einem Begleitbrief an den Bundeskanzler übersandt und darin auch noch einmal unsere Besorgnis zum Ausdruck gebracht.

Bundesbankvizepräsident Dr. Jürgen Stark:

Zunächst die Frage, die in den letzten Tagen auch eine Rolle gespielt hat: Warum äußern sich Zentralbanken zur Haushaltspolitik, und warum konzentrieren sie sich nicht auf ihre eigentliche geldpolitische Aufgabe, nämlich Preisstabilität zu gewährleisten? Es gibt hier ganz unterschiedliche Haltungen der einzelnen Zentralbanken zu dieser Frage, nicht nur im Eurosystem. Im Vereinigten Königreich werden Sie zum Beispiel selten oder gar nicht Stellungnahmen der Bank of England zur Haushaltspolitik der britischen Regierung sehen. Nur wir sind hier in einer Währungsunion und unsere Überzeugung - nicht nur der Bundesbank, sondern auch des Eurosystems und der EZB - ist nun einmal, dass langfristig diese beiden Politikbereiche eng miteinander zusammenhängen und dass die Geldwertstabilität langfristig nur unter der Bedingung solider Staatsfinanzen gewährleistet sein kann. Genau dies war auch der Ansatzpunkt für den Stabilitäts- und Wachstumspakt, nämlich diese sog. haushaltspolitische Flanke des Maastricht-Vertrages zu schließen, damit die stabilitätsorientierte Geldpolitik nicht unterlaufen werden kann.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 10 von 27

Wir äußern uns auch deshalb, weil wir um das Funktionieren der Währungsunion besorgt sind, die ohne eine politische Union gestartet ist. Wir sehen den Stabilitäts- und Wachstumspakt als Teil dieser politischen Union, mit dem auch ein Teil der nationalen Haushaltssouveränität aufgegeben worden ist. Es ist klar, dass eine Währungsunion haushaltspolitischer Regeln bedarf. Sie gehören zum institutionellen Gefüge der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Und letztlich gehört Haushaltsdisziplin auch zu dem Stabilitätskonsens, den man mit dem Maastricht-Vertrag erreicht hatte und der mit der Verabschiedung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes 1997 noch einmal bestätigt wurde.

Auf höchster politischer Ebene wurde gesagt: „...gesunde Staatsfinanzen sind ein Mittel zur Verbesserung der Voraussetzungen für Preisstabilität und für ein starkes, nachhaltiges und der Schaffung von Arbeitsplätzen förderliches Wachstum.“ Das steht in einem Teil des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, nämlich in der Entschließung der Staats- und Regierungschefs vom 17. Juni 1997. Es wird dort auch ausgeführt, dass die nationalen Haushaltspolitiken die stabilitätsorientierte Geldpolitik der EZB unterstützen. Es ist auch klarzustellen, dass es mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht nur darum ging, in der Startphase der dritten Stufe der Währungsunion für finanzpolitische Disziplin zu sorgen. Es ging auch nicht darum, den Deutschen einen besonderen Gefallen zu tun, dass sie eine zusätzliche Garantie für die Stabilitätsausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion brauchten. Es ging um viel mehr, nämlich um die Frage, das mögliche Spannungsverhältnis zwischen größeren und kleinern Ländern und das mögliche Spannungsverhältnis zwischen Geldpolitik und Finanzpolitik abzumildern.

Uns treibt im Vorstand dieselbe Sorge um: In Verbindung wie man mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt umgegangen ist und dem, was jetzt im Verfassungsentwurf angelegt ist, sehen wir ein erhebliches Problem. Das, was wir gerade in der Bundesrepublik Deutschland -

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 11 von 27

und ich glaube Politik und Zentralbank in der damaligen Phase gemeinsam- für ein tragfähiges Fundament angesehen und auch kommuniziert haben, wird nun in Frage gestellt oder sogar beschädigt. Hier ist tatsächlich der Stabilitätskonsens von Maastricht gefährdet. Wenn die Konventsempfehlungen für eine Verfassung so umgesetzt werden, so weicht dies deutlich von dem ab, was man in Maastricht vereinbart hatte. Es weicht damit auch von dem ab, zu dem das deutsche Parlament seine Zustimmung gegeben hat.

Wie geht es nun weiter?

Lassen Sie mich zunächst noch bemerken, dass vor und mit dem 25. November 2003 natürlich eine kritische Phase für das Funktionieren der Währungsunion und für das Vertrauen in das Regelwerk eingetreten ist, das wir aufgestellt haben. Sicherlich sind hier von beiden Seiten, sowohl von der Politik als auch von der EU-Kommission, Fehler gemacht worden, die zur Eskalation geführt haben. Offenbar haben hier einige der Sicherungsmechanismen nicht mehr so funktioniert und es hat dann den Weg genommen, den wir kennen. Mit den Ergebnissen des Ecofin-Rats vom 25. November 2003 ist dieses Regelwerk geschwächt worden. Auch die politischen Selbstverpflichtungen, die man mit dem Maastricht-Vertrag und mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt eingegangen ist, sind in ihrer Glaubwürdigkeit geschwächt worden.

Es ist unmittelbar nach dem 25. November 2003 sofort diskutiert worden, notwendige Reformen vorzusehen. So hilfreich vielleicht im einen oder anderen Punkt eine Härtung der Paktregeln wäre, sehen wir doch keine Notwendigkeit für eine Überarbeitung des Pakts. Wir sehen aber die Notwendigkeit für Verhaltensänderungen der Politik. Man muss akzeptieren, dass man zumindest in der Haushaltspolitik nicht mehr diesen hohen Grad an Souveränität hat wie zuvor.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 12 von 27

Ein „Herumbasteln“ an dem Regelwerk wäre sicherlich schädlich. Die meisten Vorschläge im Augenblick zielen auf einen Umbau in ein vermeintliches Wachstumsinstrument mit bestenfalls einem stabilitätspolitischen Feigenblatt. Das reicht von der Defizitkorrektur durch Herausrechnen von bestimmten Ausnahmekategorien, z. B. für Forschung und Entwicklung, für Verteidigung oder Investition, bis hin zur Einführung zusätzlicher Beurteilungskriterien. Das Ergebnis wäre mit Sicherheit der Verlust an Transparenz des Regelwerks und ein mehr an Ermessensspielräumen. Die Vorschläge sind zudem auch nicht sachgerecht. Es kommt nicht darauf an, bestimmte Elemente aus dem Defizit herauszurechnen und damit schönzurechnen. Vielmehr steht hier die Frage im Raum, wie das hohe Defizit und hohe Schuldenstände die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit einschränken und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährden.

Grundsätzlich würden wir natürlich Vorschläge zur Härtung der Paktregeln begrüßen, z. B. indem man verschiedene „Kann-Regelungen“ herausnimmt. Ich möchte nur daran erinnern, dass bei den Verhandlungen 1996/97 von deutscher Seite härtere Regeln eingefordert wurden, z. B. die sogenannte Beweislastumkehr, d. h. man geht im Falle des Überschreitens der 3 % Grenze so lange von einem exzessiven Defizit aus, bis der Rat in andere Richtung entscheidet. Also liegt die Beweislast letztlich sowohl bei dem betroffenen Mitgliedsstaat als auch bei dem Rat selbst. Heute haben wir eine andere Situation. Es gab also Vorstellungen, zu einer Härtung des Paktes. Wir haben damals über mehr Automatismus und weniger diskretionäre Entscheidungsspielräume gesprochen und wir haben am Ende dann eine „Quasi-Automatik“ erreicht.

Aber die Ecofin-Entscheidung hat schon gezeigt, dass solche Regelungen nicht von allen akzeptiert werden und eine weitere Verringerung der „Kann-Bestimmungen“ bereits in der weitaus günstigeren Phase im Vorfeld der Währungsunion nicht durchsetzbar war.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 13 von 27

Wie geht es nun konkret weiter?

Es ist klar: Wir brauchen für die Wirtschafts- und Währungsunion einen finanzpolitischen Ordnungsrahmen. Dieser Rahmen ist nach wie vor aus unserer Sicht mit dem Pakt gegeben. Diese Regeln sind ökonomisch sinnvoll, sie sind begründet, sie sind einfach und operational. Die Regierungen müssen nun beweisen, dass sie das übergeordnete Ziel solider öffentlicher Finanzen weiterhin anerkennen. Die anstehende Bewertungsrunde der jetzt vorzulegenden Stabilitätsprogramme wird dazu ein erster Test sein. Die Verpflichtungen sind einzuhalten, die die Regierungen eingegangen sind, d. h. dass bis zum Jahr 2005 die übermäßigen Defizite zu korrigieren sind und die Defizitländer die notwendigen Reformen entschieden angehen müssen.

Die zu erwartende Wiederbelebung des Wachstums im kommenden Jahr schafft günstigere konjunkturelle Voraussetzungen für eine Defizitkorrektur. Ich möchte hier auch noch einmal unterstreichen, was der EZB-Rat betont hat, dass er zu seinen vertraglichen Verpflichtungen steht und seinen Beitrag zur Sicherung der Stabilität der Währung leistet. Jetzt ist es an den Regierungen, mit entschlossener Konsolidierung das Vertrauen der Bevölkerung in ihrer Stabilitätsorientierung zurückzugewinnen.

Frage:

Schon zu Beginn der dritten Stufe der Währungsunion war im Konvergenzbericht der EZB und in Stellungnahmen der Bundesbank das zweite Kriterium, die Grenze für die Staatsverschuldung von 60 %, gewissermaßen als weniger wichtig deklariert worden. Heute haben sechs von zwölf Ländern eine Gesamtverschuldung von über 60 %. Das ist ein Thema, das überhaupt nicht mehr diskutiert wird. Liegt darin nicht auch schon ein Problem?

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 14 von 27

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Stellungnahme der Bundesbank damals basierte darauf, dass die Staaten mit Defiziten über 60 % erklärt hatten, diese in absehbarer Zeit kontinuierlich abzubauen. Jetzt können Sie sagen, es war blauäugig, sich auf eine solche Zusicherung zu verlassen. Es macht aber wenig Sinn, heute im Nachhinein darüber zu diskutieren. Es hat ja auch noch andere Abwägungsgründe gegeben, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Währungsunion zwischen Belgien und Luxemburg, die man betrachten musste. Aber ich habe nichts dagegen, wenn die Öffentlichkeit die Frage des Anstiegs der Gesamtverschuldung aufwirft und wenn die Diskussion nicht auf die magische Zahl von 3 % Budgetdefizit verkürzt wird, sondern der damit zusammenhängende Anstieg der Gesamtverschuldung und damit die Risiken für die öffentlichen Haushalte, etwa bei einer geänderten Zinslandschaft, deutlicher thematisiert würden, als das gegenwärtig der Fall ist. Wenn man sich nur an den formalen Vorgaben des Art. 104 des EG-Vertrags orientiert, beleuchtet man nicht hinreichend das ökonomische Problem, das aus einem Anstieg der Budgetdefizite und der Gesamtverschuldung resultiert. Ich und sicher auch Herr Dr. Stark, die wir beide keine Juristen sind, haben eher die makro-ökonomischen Folgen des Anstiegs der öffentlichen Verschuldung im Auge als die formalen Fragen, die in der letzten Zeit sehr stark diskutiert wurden. Man kann hier Inhalt und Form nur noch schwer voneinander trennen. Das ist sehr eng miteinander verflochten.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Ich würde schon sagen, dass der Stabilitätspakt und auch die Reduzierung des Schuldenstandes in der Phase von 1998 bis 2000 ganz gut gewirkt haben. Zu einer Verschlechterung der Situation kam es ab dem Jahr 2001, generell über das gesamte Eurogebiet. Aber man muss auch bei den Ländern mit einem hohen Schuldenstand

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 15 von 27

unterscheiden. Bei beiden Ländern, die 1998 in der Diskussion standen, ob man denn ein Land mit 110-120 % Schuldenstand gemessen am BIP die Möglichkeit eröffnet, in der ersten Runde mit dabei zu sein, muss man deutliche Unterscheidungen treffen. Wenn Sie sich die aktuellen Daten anschauen, sehen Sie deutliche Unterschiede in der Rückführung des Schuldenstandes zwischen beiden Ländern. Ein zentrales Element war ja auch - und ist es nach wie vor: Wenn die Regeln des Stabilitätspakts eingehalten werden und das Defizit über den Zyklus hinweg ein Niveau nahe dem Haushaltsausgleich oder dem –überschuss erreicht, wird automatisch der Schuldenstand mit zurückgeführt. Nur, so wie die Defizite sich entwickelt haben - und das gilt nicht nur für einige kleinere Länder, sondern auch für Frankreich und Deutschland -, ist natürlich auch der Schuldenstand mittlerweile in beiden Ländern, Frankreich und Deutschland, auf ein Niveau gestiegen, wie wir es seit dem Ende des zweiten Weltkriegs nicht mehr gesehen haben.

Frage:

Was passiert, wenn der Anstieg des Euro die Exporte abwürgt und der Konsum nicht anspringt? Im Oktober sind die Exporte ja bereits gegenüber dem Vormonat um 6,6 % zurückgegangen.

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es macht keinen Sinn, Monatsdaten zu kommentieren. Wenn man die ausgewählten Ergebnisse der GK-Umfrage bei den privaten Haushalten anschaut und die Salden aus den jeweiligen Meldungen vergleicht, sehen wir am aktuellen Rand bei den zuletzt vorgelegten Daten vom November eine deutliche Stimmungsverbesserung, auch bei den Konsumenten. Die Tatsache, dass sich die Terms of Trade verbessern - und das ist nun mit den Wechselkursen verknüpft -, führt auch dazu, dass sich das verfügbare im Inland

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 16 von 27

auszubehende Einkommen deutlich erhöht. Die Preisperspektiven sind ebenfalls insgesamt dazu angetan, das Konsumklima zu verbessern. Insbesondere wenn in den nächsten Tagen die Reformvorhaben wenigstens zu einem Gutteil durchkommen, glaube ich, dass das nochmals einen zusätzlichen Schub für das Konsumentenvertrauen in die positive Richtung auslöst.

Frage:

Die Schmerzgrenze des Euro-Kurses ist noch nicht erreicht, aber angeblich hat die Bank of Japan interveniert. Können Sie etwas dazu sagen? Hat die EZB interveniert?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es ist an den Märkten und auch uns bekannt, dass die japanische Regierung interveniert, um den Yen stabil zu halten. Ich weiß nicht, in welchem Ausmaß und wann sie das tut.

Frage:

Sehen Sie die Gefahr eines vierten Jahres der Stagnation, wenn jetzt die Steuerreform im Vermittlungsausschuss scheitert, das Konsumentenvertrauen großen Schaden nimmt und gleichzeitig die Euro-Aufwertung die Exporte stark dämpft?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wenn alle pessimistischen Einschätzungen für die nächsten zwei Jahre wirklich eintreten, gibt es sicherlich Probleme. Aber im Augenblick ist die Erwartungshaltung und die Konstellation der makroökonomischen Daten so, dass wir im dritten Quartal diesen Jahres gegenüber dem

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 17 von 27

Vorquartal einen Anstieg des BIP von 0,2 % gesehen haben und dass wahrscheinlich im vierten Quartal ebenfalls ein Anstieg, möglicherweise noch deutlicher, zu sehen ist. Selbst wenn man herausrechnet, dass wir im nächsten Jahr hinsichtlich des Feiertagskalenders ein Arbeitgeberjahr haben, ist auch 2004 mit einem positiven Wachstum zu rechnen. Wenn alles schief geht, was schief gehen kann, ist diese Aussage auf Sand gebaut. Aber ich gehöre zu den Optimisten und meine auch, dass eine positive Einstellung zur zukünftigen Entwicklung ein wesentlicher Baustein dafür ist, dass die Entwicklung positiv verläuft. Ich gehe deshalb davon aus, dass wir im nächsten Jahr ein deutlich höheres Wachstum haben werden als in diesem Jahr.

Frage:

Welche Auswirkungen auf die Geldpolitik sind aus den Diskussionen um den Stabilitätspakt auf längere Sicht zu erwarten und auf welchen Zeithorizont müssen wir uns da einstellen? Die Arbeitshypothese der EZB ist jetzt, dass Frankreich und Deutschland 2005 wieder unter die Defizitgrenze von 3 % kommen. Was passiert, wenn sich spätestens im Sommer nächsten Jahres herausstellt, dass es wieder nicht gelingt?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Zinspolitik der EZB orientiert sich nicht an politischen Entscheidungen, wie die zur Defizitentwicklung, und auch nicht an kurzfristigen Entwicklungen, sondern betrachtet ein viel größeres Tableau von Daten, Erwartungen und Entwicklungen sowohl zur monetären als auch zur realwirtschaftlichen Lage. Man kann allerdings im Zusammenhang mit der Budget-Diskussion durchaus konstatieren, dass möglicherweise die langfristigen Zinsen, die die Notenbank nicht unmittelbar beeinflusst, steigen. Die positiven konjunkturellen Impulse, die

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 18 von 27

man durch ein höheres Defizit erwartet, werden möglicherweise durch einen Anstieg der langfristigen Zinsen wieder aufgebraucht. Es ist eben kein empirischer Beweis zu führen, dass ein Anstieg der Budgetdefizite zwangsläufig auch zu einem höheren wirtschaftlichen Wachstum führt.

Frage:

Eine Frage zur Bankenstruktur in Deutschland: Man hat den Eindruck, dass sich die Meinung der Bundesbank zur Sparkassenprivatisierung geändert hat, spätestens seit dem Erscheinen des denkwürdigen IWF-Berichts. Sie selbst hatten ja, Herr Welteke, in der Initiative Finanzplatz Deutschland noch vor einer Strukturdiskussion gewarnt. Mittlerweile scheint sich Ihr Haus an dieser Diskussion zu beteiligen. Was ist der Grund Ihres Sinneswandels, oder hat sich Ihre Meinung eigentlich gar nicht geändert?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ich war und bin der Auffassung, dass die Finanzplatzinitiative nicht das geeignete Gremium war und ist, um Strukturfragen des deutschen Bankensystems und die Ertragsprobleme einzelner Bankengruppen zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Hier müssen die Banken und Bankengruppen selber jeweils in ihrem eigenen Umfeld tätig werden und zu einer Verbesserung ihrer Ertragslage beitragen. Die Ertragslage der deutschen Banken ist im internationalen Vergleich außerordentlich schwach. Der IWF führt das auch auf die Struktur, d.h. die drei Säulen des deutschen Bankensektors zurück. Allerdings bleibt er den Beweis dafür eigentlich schuldig, dass diese Struktur das maßgebliche Kriterium für die Ertragsschwäche ist. Wir in der Deutschen Bundesbank nehmen zu den Entwicklungen im Bankensektor eine neutrale Haltung ein. Die neutrale Haltung heißt aber nicht, dass wir uns etwa marktgetriebenen Veränderungen in der deutschen Bankenlandschaft entgegenstellen

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 19 von 27

würden. Wir sagen nicht, das deutsche dreigliedrige Bankensystem ist sakrosankt und muss so, wie es sich jetzt gerade mal historisch entwickelt hat, auch auf alle Zeit erhalten bleiben. Wir setzen uns in dem Stabilitätsbericht, den ich vorhin schon angesprochen habe, in einer sehr vorsichtigen, aber auch offenen Art und Weise mit der Argumentation des IWF auseinander.

Frage:

Zum Stabilitätspakt: Der EZB-Rat hat in seiner Erklärung festgestellt, der Ecofin-Rat habe Regeln und Verfahren nicht befolgt. Exakt welche Verfahren und Regelungen hat der Ecofin-Rat nicht befolgt?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Das, was der Ecofin-Rat beschlossen hat, findet im Vertrag keine Grundlage. Er hat nach unserer Auffassung im EZB-Rat und nach Auffassung der Kommission ein rechtliches Novum beschlossen. Deshalb weiß im Augenblick auch keiner so recht, wie mit dem Beschluss und dem auf der anderen Seite bestehenden Kommissionsvorschlag, den der Ecofin-Rat abgelehnt hat, weiter umgegangen wird. Auf eine Schwierigkeit hat Herr Stark eben hingewiesen. Es heißt in Art. 104 (9) EG-Vertrag: *„Falls ein Mitgliedstaat den Empfehlungen des Rates weiterhin nicht Folge leistet, kann der Rat beschließen, den Mitgliedstaat mit der Maßgabe in Vollzug zu setzen, innerhalb einer bestimmten Frist Maßnahmen für den nach Auffassung des Rates zur Sanierung erforderlichen Defizitabbau zu treffen“*. Es heißt „kann“, in der englischen Fassung sieht das sehr viel schärfer aus. Das ist auch eines der Probleme der rechtlichen Interpretation, die hier vorliegen. Wir im EZB-Rat meinen, dass nach dem Geist und der Zielsetzung des Stabilitätspakts der Ecofin-Rat in einem solchen Fall das

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 20 von 27

jeweilige Land in Vollzug setzen muss. Das ist kurz gefasst die Argumentation. Wie Sie wissen, sagt der Bundesfinanzminister: „Ich habe die Auflagen erfüllt. Die Ergebnisse sind aber nicht so, wie man sich das erhofft hat. Das Defizitkriterium ist trotzdem überschritten.“ Und er meint, er dürfe daraufhin nicht in Verzug gesetzt werden.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Es gibt aus meiner Sicht einen Unterschied zwischen Ruhen und Aussetzen. Die Ruhensregelung ist im Stabilitätspakt vorgesehen und zwar dann, wenn ein Mitgliedstaat die Auflagen erfüllt hat oder der Mitgliedstaat den Empfehlungen folgt. Dann ruht das Verfahren. Das ist im Mai dieses Jahres geschehen. Jetzt gibt es ein Bewertungsproblem. Die Bundesregierung bezieht sich darauf, dass sie für 2003 alle Auflagen, die detailliert mit der Kommission diskutiert worden sind, umgesetzt hat. Die Kommission argumentiert weiter und sagt, eine der Bedingungen war auch, in 2004 unter 3 % zu kommen. Das ist einer der Streitpunkte. Das Aussetzen selbst, also im Grunde genommen eine Regelung außerhalb des Stabilitätspakts zu finden, ohne eine Grundlage und ohne eine Vorlage, einen Vorschlag von Seiten der Kommission zu haben, ist aus Sicht der Kommission nicht rechtens. Sie hat das Vorschlagsrecht dafür. Das, was jetzt vom Ecofin-Rat vereinbart worden ist, so argumentiert die Kommission, hat eigentlich, wie Herr Welteke auch gesagt hat, keine Rechtsgrundlage. Sonst könnte ja jeder Rat beschließen, was er möchte, ohne jeglichen Vorschlag, ohne jegliche Rechtsgrundlage. Wir brauchen einen Rechtsrahmen. Wir haben europäisches Recht, das beachtet werden muss. Es kommt noch eines hinzu bezüglich der Empfehlungen, die nun von der Kommission ausgesprochen worden sind und die der Rat nicht aufgenommen hat: Im Stabilitätspakt ist vorgesehen, dass, sofern der Rat von diesen Empfehlungen abweicht, er eine exakte Begründung geben muss, warum er abweicht. Und hier wird ebenfalls das Problem gesehen, dass diese Begründung nicht in der notwendigen Klarheit gegeben wird.

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 21 von 27

Frage:

Der EU-Kommissionspräsident denkt selbst über Veränderungen des Stabilitätspakts nach und hat in der Vergangenheit widersprüchliche Aussagen zum Pakt gemacht. Auch der EZB-Rat ist schon im Herbst 2002 praktisch abgewichen, indem er auf strukturelle Defizite eingeschwenkt ist. Wäre es jetzt nicht richtig, solche Punkte offen zu diskutieren und gemeinsam zu definieren, zum Beispiel die Frage, wie strukturelle Defizite zu berechnen wären?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Man sollte den Kommissionspräsidenten nicht auf jede seiner Aussagen festlegen. Wir wollen selbst auch nicht, dass das schnell gesprochene Wort einem ewig nachgetragen wird. Ich habe mich in den vergangenen Jahren schon immer gegen eine Interpretation des Stabilitätspakts ausgesprochen. Die nominalen Defizite sind klar und nachvollziehbar und berechenbar. In gewisser Weise kann auch die Betrachtung struktureller Defizite sinnvoll sein. Herr Dr. Stark hat ja darauf hingewiesen, was es für eine Reihe von Vorschlägen gibt, die Defizitberechnung zu verändern. Nach meiner Meinung sind das „Fingerhakeleien“, die von der Öffentlichkeit nicht mehr durchschaut werden können und die letztendlich jeden in die Lage bringen sich zu exkulpieren, indem man immer weitere Interpretationen anschließt. Ich neige dazu zu sagen, wir sollen - auch für die Transparenz des Verfahrens - schlicht bei den nominalen Defiziten bleiben. Dann weiß jeder, worum es geht.

Frage:

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 22 von 27

Die EZB hat bis zum Schluss immer nur vom Euroraum gesprochen. Erst nach dem Beschluss des Ecofin-Rats wurden Frankreich und Deutschland erstmals namentlich in der Pressemitteilung erwähnt. Ist diese öffentliche Zurückhaltung nicht hinderlich und könnte nicht viel früher Druck aufgebaut werden, wenn die EZB dazu überginge, den Zustand der einzelnen Länder und die Fehlsteuerung deutlich zu benennen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Darüber kann man streiten, aber die EZB hat natürlich auch eine besondere Verantwortung. In dem Verfahren heißt es ja, es muss den betreffenden Ländern die Möglichkeit gegeben werden, zu den Vorschlägen der Kommission Stellung zu nehmen. Das ist gegenüber der EZB nicht so einfach zu realisieren. Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir uns nicht als Oberschiedsrichter von einzelnen Ländern aufspielen. Hier lag der Sachverhalt ja auf der Hand, und man muss natürlich auch sehen, dass zur Beschlussfassung im Ecofin-Rat die Stimmen von Deutschland und Frankreich nicht allein ausschlaggebend gewesen sind.

Frage:

Wenn ich das richtig verstanden habe, hat in der Presse gestanden, dass die Bundesbank vom Finanzministerium als zu aufmüpfig empfunden wird und dass man sich deswegen überlegt, ob man sie nicht ein bisschen diszipliniert, indem man sie in der Bankenaufsicht nur noch die kleinen Sachen machen lässt. Was ist da dran?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Die genannten Institutionen auf der Bundesebene, Bundeskanzleramt und Bundesfinanzministerium, kennen unsere Telefonnummern. Wenn sie

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 23 von 27

uns etwas mitzuteilen haben, sollten sie das tun. Im übrigen halte ich die Verknüpfung in der von Ihnen erwähnten Pressemeldung für sachfremd.

Man muss jedoch auch sehen, dass wir unterschiedliche Rollen und unterschiedliche Aufgaben haben. Das gilt sowohl in der Konventfrage als auch in der Budgetfrage. Wir sind die Deutsche Bundesbank, unsere Aufgabe ist es, die Stabilität des Geldwertes und darüber hinaus die Stabilität des Finanzsystems zu sichern. Was dieser Aufgabe Schaden zufügen könnte, haben wir zu benennen. Wenn wir die Bundesregierung wären, hätten wir möglicherweise zu dem einen oder anderen Punkt aufgrund der Aufgabenstellung eine andere Auffassung. Aber davon leben wir doch auch in der Demokratie, und das klärt auch die Positionen für die Bevölkerung. Wir können nicht darauf verzichten, wenn wir eine Gefährdung für Geldwertstabilität und Finanzstabilität sehen, diese auch zu benennen.

Frage:

Die Bundesbank prangert schon ein halbes Jahr lang oder länger den Bruch des Stabilitäts- und Wachstumspakts an. Wenn Sie davon überzeugt sind, dass der Pakt oder der Vertrag nun gebrochen wird, müssten Sie den Währungskommissar eigentlich bei einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof unterstützen. Ziehen Sie das in Erwägung?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Dazu sind wir nicht berechtigt.

Frage:

Aber würden Sie das für richtig halten?

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 24 von 27

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Das sollten Sie uns fragen, wenn es beschlossen ist.

Frage:

Zu den Goldreserven: Werden Sie im Rahmen des nächsten Goldabkommens eine Verkaufsquote für die Bundesbank einplanen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wenn es kein Goldabkommen gibt, sind wir frei zu entscheiden, ob wir Gold verkaufen wollen oder nicht. Sollte es ein Goldabkommen geben, wollen wir uns eine Option eröffnen, Gold - ich wiederhole das Wort, weil es so schön passt - in homöopathischen Dosen verkaufen zu können. Ob wir die Option ziehen, hängt von der Erfüllung bestimmter Bedingungen ab. Im Augenblick kann ich dazu keine Einschätzung geben. Der Vorstand der Deutschen Bundesbank wird sich zu gegebener Zeit mit der Frage noch einmal befassen. Wir werden danach erklären, unter welchen Bedingungen wir bereit wären, die Option zu ziehen und Gold zu verkaufen.

Frage:

Die Fed hat gestern abend das Risiko einer Deflation und das Risiko einer Inflation als neutral bezeichnet. Das ist eine Änderung des Wortlauts in Richtung Inflation. Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein, dass eine globale Inflation kommt, und damit auch eine Inflation in Europa?

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 25 von 27

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ihre Frage gibt mir die Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass wir unsere Kontakte und Beziehungen, insbesondere die informellen Kontakte, zwischen Politik und Bundesbank verbessern wollen. Wir haben deshalb vor längerer Zeit beschlossen, in regelmäßigen Abständen in Berlin so genannte „Bundesbank Lectures“ durchzuführen. Warum sage ich das jetzt an dieser Stelle? Weil der erste, der bei einer solchen Bundesbank Lecture sprechen wird, kein geringerer ist als Fed-Chairman Alan Greenspan. Das wird am 13. Januar nächsten Jahres im Deutschen Historischen Museum in Berlin sein.

Dort kann Ihnen Alan Greenspan vielleicht auch erklären, ob er bei den Veränderungen des „wordings“, das Sie eben zitiert haben, eine Gefährdung für die generelle Inflation weltweit sieht. Ich glaube das nicht. Ich sehe für eine globale Inflation eigentlich keine Anzeichen. Alan Greenspan hat auch darauf hingewiesen, dass der Umgang der Notenbanken mit deflationären Situationen sehr viel weniger professionell und ausgeprägt ist, als der mit inflationären Situationen. Er hat damals das Thema Deflationsgefahren in einer Art und Weise akzentuiert, dass es längere Zeit in den Medien geblieben ist. Ich glaube, dass die Wiederherstellung einer neutralen Position der Diskussion nur förderlich sein kann.

Frage:

Herr Trichet hat vor dem Europaparlament von regelmäßigen Kontakten über Währungsangelegenheiten zwischen den G3-Ländern gesprochen. Sehen Sie im Augenblick eine engere Kooperation als dies sonst der Fall ist?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 26 von 27

Da kann man auch wiederum auf Fed-Chairman Alan Greenspan verweisen, der an anderer Stelle mehrfach darauf hingewiesen hat, dass die Kontakte, das Knowledge der Notenbanken und das Umgehen mit Krisen sich gegenüber früheren Situationen sicher positiv entwickelt haben. Deshalb ist das Weltwährungssystem insgesamt gegenüber Gefahren viel besser abgeschottet, als das in der Vergangenheit der Fall war. Ich glaube, man braucht überhaupt keine zusätzlichen institutionalisierten Kontakte. Die vorhandenen institutionalisierten Kontakte, etwa die Treffen der G10 und der G7, aber auch die informellen Kontakte sind inzwischen so dicht, dass es dessen gar nicht bedarf.

Dr. Jürgen Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank:

Ich möchte noch ein Wort zu den Inflationseinschätzungen sagen. Es ist sicherlich so, wie Herr Welteke gesagt hat, und das ist auch die Haltung des EZB-Rats, dass kurzfristig keine inflationären Tendenzen gesehen werden. Allerdings muss man schon die internationale, sehr reichliche Liquiditätsausstattung sehen. Wenn man die Entwicklung der Geldmenge global betrachtet, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch hier im Eurogebiet, stellt man – gemessen am realen Wirtschaftswachstum in den letzten vier bis fünf Jahren - eine deutlich überschüssige Liquidität fest, die ihren Weg in bestimmten Übertreibungen an den Märkten findet. Wenn die Konjunktur greift und es zu einer deutlicheren Beschleunigung kommt, zu einer Dynamik in der Konjunktur, dann können auch die Risiken für die Verbraucherpreise steigen. Darauf haben auch der EZB-Rat und die EZB in ihrem Monatsbericht hingewiesen.

Frage:

Wie beurteilen Sie das Verhalten des italienischen Wirtschaftsministers Tremonti während der letzten Ecofin-Ratssitzung? Hat er sich Ihrer Meinung nach auf faire, auf ehrliche Weise gegenüber dem Stabilitätspakt und der Währungsunion verhalten?

Frankfurt am Main
11.12.2003

Seite 27 von 27

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben doch nun gerade die Irritation zwischen Deutschland und Italien überwunden, indem wir uns beide für die Währungsunion qualifiziert haben. Deshalb sollten wir nicht neue Qualifizierungen vornehmen. Kein Kommentar.